

GUT
VERTRETEN?
—
UPDATE FÜR
DEMOKRATIE
×

Jasmin Siri: Parteiensoziologie: Grundlagen,
Herausforderungen, Perspektiven



Policy Paper No. 19

Jasmin Siri:
Parteiensoziologie: Grundlagen, Herausforderungen,
Perspektiven

Im Rahmen des Projekts »Gut vertreten? Update für Demokratie«
Veranstaltungen und Dokumentationen unter gutvertreten.boell.de

Zum Beitrag

Die Diskussion um die Unzulänglichkeiten und Krisen von Parteien ist so alt wie die Partei selbst. Wozu brauchen wir in der modernen Gesellschaft überhaupt noch Parteien? Welche Funktion nehmen sie in unserer Demokratie ein? Und was folgt daraus für die Menschen innerhalb dieser Organisation?

In ihrem Beitrag untersucht Jasmin Siri die Funktion der Parteien im politischen System, die Bedeutung ihrer Mitglieder sowie deren künftige Herausforderungen – vom erstarkenden Rechtspopulismus und Rechtsextremismus über den Wandel der politischen Öffentlichkeit bis hin zur sozialen Ungleichheit als Problem für deren Legitimation.

Zur Person

JASMIN SIRI ist Soziologin an der Ludwig-Maximilians-Universität München und vertritt seit April 2016 die Professur für Politische Soziologie an der Universität Bielefeld. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind politische Soziologie, Gesellschaftstheorie, empirische Parteienforschung und Organisationssoziologie. In ihrer Habilitation untersucht sie die Veränderung politischer Öffentlichkeiten und Lebenswelten durch medialen und organisationalen Wandel.



Wenn von Parteien die Rede ist, dann oft auch von ihrer Krise und ihren Unzulänglichkeiten. Ein Diskurs, der so alt ist wie die deutschen Parteien selbst.¹ Was der vor allem in Deutschland vordringliche Krisendiskurs jedoch verdeckt, ist die Frage nach der Funktion von Parteien für die moderne Gesellschaft, welche der »Probleme«, die sie erzeugen, systematisch aus ihrer Organisationsform folgen und welche bearbeitbar und veränderlich sein könnten. Erst wenn diese Zusammenhänge erkannt werden, können Parteireformen und neue Möglichkeiten der Partizipation sinnvoll diskutiert werden. In diesem Sinne werden im Folgenden einige Grundlagen der soziologischen Parteienforschung erläutert, bevor anhand von Beispielen drei aktuelle Problemlagen – der erstarkende Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, der Wandel der politischen Öffentlichkeit sowie die soziale Ungleichheit in Parteien – diskutiert werden.

Wozu brauchen wir in der modernen Gesellschaft überhaupt noch Parteien? Im *Policy Paper* Nr. 13 diskutiert Peter Siller ausführlich die aktuelle Situation demokratischer Parteien.² Diese stehen aus mehreren sozialstrukturellen und medienpolitischen Gründen unter Druck, während Politikverdrossenheit und Anti-Parteien-Talk hoffähiger werden. Während Siller ein demokratietheoretisches Modell der Partei und deren Legitimationsblockaden diskutiert, will ich im Folgenden einen Schritt zurückgehen, um soziologisch nach der Funktion von Parteien für die Demokratie zu fragen sowie danach, was aus dieser Funktion für Menschen in der Organisation folgt.

Die Funktion von Parteien im politischen System

Moderne Parteien entstanden in Deutschland (erst) im Laufe des 19. Jahrhunderts. Sie wurden zunächst vor allem normativ sowie anhand eines Links-rechts-Schemas diskutiert, bis mit der Entstehung sozialwissenschaftlicher Modelle auch sozialstrukturelle und interessen-begründete Erklärungsmodelle hinzukamen.

Parteien sind politische Organisationen. Dies ist aus soziologischer Perspektive kein banaler Satz, denn aus dem Hinweis auf die Organisation folgern zahlreiche soziale Bedingungen und Einschränkungen. Folgen wir dem Soziologen Niklas Luhmann, haben Organisationen in unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft vor allem die Aufgabe, das politische Zusammenleben – ihrem Namen gemäß – zu organisieren.³

1 Vgl. Siri, Jasmin (2012): Parteien. Zur Soziologie einer politischen Form, Wiesbaden.

2 Vgl. Siller, Peter (2015): Die Aktualität der Parteien. Wie sich die Parteien verändern müssen – gerade weil wir sie dringend brauchen, hrsg. v. Heinrich-Böll-Stiftung.

3 Vgl. Luhmann, Niklas (2000): Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt am Main.

Sie tun dies auf eine spezielle Art und Weise, indem sie Entscheidungen und Entscheidungsprogramme bereitstellen, auf welche die Gesellschaft zurückgreifen kann. Das reduziert Komplexität.

Politische Organisation reagiert auf das bereits in der Antike formulierte Problem, Positionen zu definieren, die den Tod ihres Inhabers überdauern können. Instabilität, Anarchie und Barbarei gefährdeten im Falle des Todes von Monarchen, Statthaltern oder Clanchefs die vormoderne soziale Ordnung. Vor dieser Organisierung der Politik und der Schaffung von Ämtern und Wahlen sind Herrschaften, wie Luhmann beschreibt, ständig durch Rivalität bedroht.

Mit der Einrichtung eines Verwaltungs- und Rechtsstaates wird das Konfliktpotenzial ab Mitte des 17. Jahrhunderts in die Codierung von Regierung und Opposition überführt und dadurch strukturell stabilisiert. Statt eine Unterscheidung von Staat und Gesellschaft anzunehmen, geht die soziologische Perspektive im Folgenden von einem Wechselspiel zwischen Publikum (z. B. Wählerinnen und Wählern), Verwaltung und Politik (v. a. Parteipolitik) aus, welches die Politik der modernen Gesellschaft bestimmt.

Parteien als Organisationen des Politischen haben somit die vorrangige Aufgabe, kollektiv bindende Entscheidungen vorzubereiten, Themen auszuwählen, Entscheidungsprogramme vorzuschlagen sowie geeignetes Personal für politische Ämter auszuwählen.⁴ Organisationen helfen also dabei, aus vielen Einzelwillen und politischen Einzelansichten eine eingeschränkte Auswahl zu treffen, die sich idealerweise bei Wahlen in Stimmergebnissen abbilden lässt. Zudem garantieren sie durch ihr Organisationsgedächtnis und die Organisationsstrukturen eine gewisse Stabilität und Historizität der Politik.

Organisationen sind also aus soziologischer Perspektive viel mehr als eine Ansammlung von Menschen, die gemeinsam etwas erreichen wollen. Ihr Zweck, ihre Funktion, besteht nicht darin, die Einzelwillen oder den Willen einer Gruppe von Menschen herauszustellen, sondern vielmehr darin, diese in politische Entscheidungen zu transformieren, die kollektiv bindend sein können.

⁴ Vgl. Luhmann, Niklas (2000): Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt am Main.

Enttäuschung liegt in der Natur der Parteien

Parteien neigen dazu, Menschen – zumindest jene, die mit Herzblut politisch aktiv sind – zu enttäuschen. Sie verlangen von den Menschen ein gewisses Maß an Opportunismus, wenn diese in ihnen aktiv sein bzw. bleiben wollen. Sie verlangen vom Mitglied, sich an getroffene Mehrheitsentscheidungen zu halten und Kämpfe nach verllorener Abstimmung – zumindest vorübergehend – aufzugeben. Und durch die Wiederholung politischer Programmierungen mittels regelmäßiger Wahl wird die Wahrscheinlichkeit generalisiert, dass auch die Opposition einmal regieren könnte.

Die systematische Forderung der Organisation zur individuellen Zurücknahme entspricht freilich nicht dem individualistischen Gestus, mit der sich Politik im 21. Jahrhundert gerne schmückt. Gemeinsam mit sozialstrukturellen und soziobiografischen Veränderungen – wie der Rückläufigkeit von Milieubindungen und damit auch der Parteienbindung oder der Flexibilisierung von Lebensläufen und regionalen Bindungen – erklärt sich hieraus der Rückgang des Parteiengagements. Es geht in der Organisation um vieles, aber nicht um »die Menschen« und ihre individuellen Ziele. Parteien sind vieles, aber keine Maschinen der Selbstverwirklichung.

Angesichts der Individualisierung von Lebensläufen wundert es also nicht, dass viele Menschen sich zwar politisch engagieren möchten, dies aber nicht in Parteien tun wollen. Dennoch hat sich eines nicht geändert: Politische Ämter werden vorwiegend durch Parteien und an Mitglieder von Parteien vergeben. Der Grund hierfür besteht in der informellen »Ausbildung«, die Parteimitglieder erhalten, sowie in der demokratiepolitisch begründbaren Selektion, die durch die Entscheidungsprogramme der Partei – zum Beispiel durch Aufstellungskonferenzen oder Quoten – durchgeführt wird.

Auch wenn Themen sozialer Bewegungen Eingang in Parteiprogrammatik und Regierungshandeln finden, bleibt es aus strukturellen Gründen weiterhin unwahrscheinlich, dass sie ähnlich zeitstabile und durchgreifende Effekte auf politische Entscheidungen erzeugen können wie die Parteiorganisationen. Zwar gewinnt Subpolitik und Bewegungspolitik in der Moderne an Relevanz, doch wird es weiterhin notwendig sein, sich auch mit den »alten« Organisationen des Politischen zu beschäftigen.

Künftige Herausforderungen der Parteienorganisation

Eine Alternative zur parteilichen Organisation im Hinblick auf die Auswahl von Personal und Themen der Politik ist also strukturell (noch) nicht gegeben. Nichtsdestotrotz verändern sich auch die »alten« Parteiorganisationen mit der Gesellschaft. Daher lohnt es sich, nach ebenjenen Veränderungen zu fragen, welche die Parteiorganisationen und die politische Öffentlichkeit in den nächsten Jahren besonders beschäftigen werden.

Am bedeutendsten erscheinen mir drei Herausforderungen: *erstens* die Herausforderung der Demokratie durch rechtspopulistische/rechtsextreme Parteipolitik in der BRD; *zweitens*, und damit im Zusammenhang stehend, der Medienwandel und pluralisierte Öffentlichkeiten als Herausforderung für die politische Kommunikation; sowie *drittens* soziale Ungleichheit und das Wahlbeteiligungsgefälle. Diese drei Themen sollen daher im Folgenden diskutiert werden, wobei es mir weniger um einfache Antworten auf die hochkomplexen Thematiken geht als vielmehr um das Aufzeigen der Problemlage und die Formulierung jener Fragen, die linke und liberale Parteien für sich klären sollten, wenn sie diesen Problemen begegnen möchten.

1. Rechtspopulistische/rechtsextreme Parteipolitik in der BRD

Unter dem Label der »Postfaktizität« oder des »Post-Truthism« werden seit dem Wahlkampf des Rechtspopulisten Donald Trump Medienstrategien der aktuellen Rechten diskutiert, die überparteilich geteilte Wahrheiten über Politikfelder negieren und hinsichtlich der Veränderung von Forderungen und politischen Beiträgen variabel sind. Die so bezeichneten politischen Kommunikationen sowie ihre Sprecherinnen und Sprecher lassen sich nicht »festklopfen«, sondern ändern ihre Aussagen relativ problemlos; sie halten sich nicht an gemeinsame Daten- oder Zahlengrundlagen und operieren gegenüber dem Expertentum subversiv, indem sie ihm die Legitimation absprechen und sich auch auf die Sprache der Expertinnen und Experten nicht einlassen.

Und doch ist der Begriff des Postfaktischen oder »Post-Truthism« irreführend, da er erstens eine (bereits vergangene) Zeit des Faktischen und des »Truthism« unterstellt, und zweitens eine gewisse Stabilität dieses Wahrheitsbegriffs voraussetzt, d. h. zu- meist die Wahrheiten der Kommentatorinnen und Kommentatoren. Blicken wir hingegen auf aktuelle Argumentationen des Rechtspopulismus, so scheint der variable Umgang mit dem, was dem linksliberalen Feld »Wahrheiten« sind, eher kommunika-

tionsstrategisch begründet. Blickt man tiefer in die Selbstbeschreibungen, Biografien und Programmatiken der Rechtspopulistinnen und -populisten, findet sich dort jedoch häufig ganz altmodischer Rechtsextremismus bzw. Rechtsradikalismus. Es gilt also, zwischen der politischen Programmatik und der politischen Kommunikation des Rechtspopulismus zu unterscheiden, wenn wir diese Gruppierungen in ihrer Heterogenität verstehen wollen.

Darüber hinaus verdeckt der Begriff des Postfaktischen, dass die Idee einer objektiven Wahrheit grundsätzlich problematisch ist. Politische Wahrheiten – im Sinne globaler, kollektiver Verständigungen über das, was wahr ist – gibt es nicht. Gäbe es sie, wären die vielfach stattfindenden Deutungskämpfe über Geschichte und Politikkonzepte obsolet. Wir bräuchten auch keine Wissenschaft und keine Massenmedien, um die Wahrheiten für uns aufzubereiten. Besonders im Politischen ist »Wahrheit« stets Verhandlungssache; und schließlich ist für unterschiedliches Publikum immer auch Unterschiedliches wahr.

Wollen wir also den neuen Rechtspopulismus begreifen, gilt es nicht nur, die Widersprüche in der Argumentation dieser Gruppen aufzuzeigen, sondern deren »Wahrheiten« zu verstehen und sich zu fragen, welche Funktion diese für die politische Programmatik und die Gruppenkohäsion besitzen. Das sogenannte Postfaktische sollte also nicht zeitdiagnostisch begriffen werden, sondern als subversive Kommunikationsstrategie, der es etwas entgegenzusetzen gilt. Die Schwierigkeit dieses Vorhabens besteht dabei vor allem darin, an Publikum herankommen zu müssen, dessen Idee von Wahrheit eine ganz andere ist als die linksliberaler politischer Akteure.

Für die deutsche Parteipolitik ist die Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) eine Protagonistin dieser modernen rechtspopulistischen Kommunikationsstrategie: Mehrfach haben Politikerinnen und Politiker dieser Partei Forderungen zurückgenommen, negiert oder Hinweise auf Widersprüche in Programmatik und Aussagen mit dem Hinweis auf böswillige Berichterstattung pariert. Der Ausschluss der freien Presse von öffentlichen Parteiveranstaltungen ist nur eine empirische Folge dieser medialen Strategie, die sich nicht an gemeinsamen Annahmen über Politik und Sachgebiete orientiert, wie sie im politischen Expertentum geteilt werden, sondern sich vor allem an die eigene Klientel richtet. Hierfür sind die sozialen Medien von besonderer Bedeutung. Mittels dieser Strategie schafft es die AfD möglichst breite Anschlüsse zu einer diversen Klientel zu halten, die vor allem daran glaubt, dass »der Politik« nicht zu trauen sei.

Darüber hinaus scheint es angebracht, in den kommenden Analysen der AfD die Grenze zwischen Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus deutlicher zu ziehen, da der Begriff des Rechtspopulismus jene Bereiche der Partei, die völkisch-nationalistische bis rechtsextreme Inhalte vertreten, nur ungenügend abbildet. Die Grenzen zwischen Rechtspopulismus und völkischem Nationalismus bzw. auch Rechtsradikalismus sind in der AfD fließend. Die Partei ist noch nicht in dem Sinne »angekommen«, dass es innerhalb der Partei (wieder) eine Auseinandersetzung um die Grundausrichtung gibt – dann zwischen einem rechts-gemäßigten und einem völkisch-nationalistisch inspirierten Lager.

Zudem sehen rechtsextreme Akteure die Partei als ein mögliches Sammelbecken ihrer Bewegungen und bemühen sich darum, hier ebenfalls Einfluss zu gewinnen. Sollte das völkisch-nationalistische Lager unter Beteiligung rechtsextremer Akteure sich in der Parteiorganisation durchsetzen bzw. an Einfluss gewinnen, wäre letztendlich auch die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit der AfD zu stellen.

2. Medienwandel und Social Media

Die Evolution neuer Kommunikationsmedien hat stets auch Einfluss auf die Politik einer Gesellschaft und ihre Idee von politischer Öffentlichkeit. Dies trifft aktuell besonders auf das Computermedium und seine vielfältigen Anwendungen zu, wie zum Beispiel »Social Media«. So ermöglichen die sozialen Medien den zuvor weniger sichtbaren politischen Akteuren eine verstärkte Aufmerksamkeit – das gilt für Geflüchtete ebenso wie für rechtsextreme oder islamisch-radikale Gruppen. Gerade jene, die demokratische Verfassungen und Pluralität ablehnen, profitieren von dem geringen Interesse der Unternehmen wie Facebook oder Twitter, strafbare Handlungen schnell und konsequent zu verfolgen, wie die Debatte um Hasssprache und Fake-News auf diesen Plattformen gezeigt hat.

Zugleich verändern sich durch die Möglichkeit der digitalen Nachrichtenübermittlung die Idee und die Realität des Journalismus. Durch die Konkurrenz von Blogs und pluralisierter Autorenschaft wird die Gatekeeper-Funktion klassischer Medien geschwächt. Sie sind nicht mehr alleine für die Auswahl von Themen zuständig, werden vermehrt attackiert und mithin selbst als politischer Akteur betrachtet (siehe das »Lügenpresse«-Narrativ der Rechten in Deutschland).

Darüber hinaus stellt das digitale Medium auch eine wirtschaftliche Konkurrenz zu den klassischen Medien dar, sodass sich einerseits die Programme klassischer

Medien digitalisieren, andererseits die Qualitätsberichterstattung aufgrund wirtschaftlicher Erwägungen zurückgeht – beispielsweise über die rückläufige Zahl der fest angestellten Fachjournalistinnen und Korrespondenten –, wodurch die Job-situation für viele Medienschaffende immer prekärer wird. All dies hat Konsequenzen für die heutige Arbeitsweise von Massenmedien.

Für die etablierte Parteipolitik ergeben sich aus der Social-Media-Kommunikation neue Chancen wie auch neue Gefahren: So sind soziale Medien einerseits eine Möglichkeit, ein anderes Publikum zu erreichen als mit der Parteiveranstaltung in der Gemeindehalle, andererseits bedeutet die regelmäßige Bedienung sozialer Medien aber ebenso einen erhöhten Zeitdruck sowie die Notwendigkeit besonders disziplinierter Kommunikation. Die undisziplinierte und unvorsichtige Kommunikation kann hier schnell zu einem sogenannten »Shitstorm« führen. Gleichzeitig wird für Wahlkämpfe aber auch die Möglichkeit eines Einsatzes großer Datensätze zur Interpretation des Publikums relevant (Big Data).

Die im Hinblick auf alle politischen Akteure wichtigste Neuerung des Computer-mediums scheint jedoch die für jeden und jede erfahrbare Pluralisierung von Öffentlichkeiten zu sein. Durch die Personalisierung von Nachrichten und Algorithmen, die Gleiches zu Gleichem sortieren, wird es immer wahrscheinlicher, dass wir vor allem jene Nachrichten lesen, die uns ohnehin »gefallen«. Dieses Phänomen der »Filter Bubble«, also einer Blase voller politisch und kulturell ähnlicher Nachrichten, vermag – ob selbst gewählt oder Algorithmen geschuldet – zu zahlreichen Missverständnissen über den Zustand der Welt führen. Da Wahrheit keine objektive Angelegenheit ist und wir, laut Luhmann, unser Wissen über die Welt aus den Massenmedien beziehen, pluralisiert sich der Wahrheitsbegriff auf zahlreiche, oft antagonistische Öffentlichkeiten.

Natürlich haben auch die Bürgerinnen und Bürger der 1960er- und 1970er-Jahre vor allem jene Zeitungen und Zeitschriften gelesen, die ihrer politischen Haltung entsprachen. Dennoch wurde durch die Gatekeeper-Funktion der klassischen Medien zumindest hinsichtlich der Themen ein relativer gemeinsamer Referenzraum geschaffen und die Präsenz des politischen Gegners war potenziell bzw. durch die Brille der sympathisierenden Journalistinnen und Journalisten gegeben.

Betrachtet man hingegen die politische Kommunikation auf Twitter, so wird schnell deutlich, dass sich unter einem Hashtag ganz Unterschiedliches versammeln kann. Vor allem bei politisch umkämpften Diskursen wie dem *#Feminismus* oder

der Beurteilung der sogenannten *#Flüchtlingskrise* zeigt sich das gesamte politische Spektrum und der erbitterte Kampf zwischen oft diametral entgegengesetzten »Wahrheiten«. Anders als die Zeitungslektüre erschwert es Twitter, sich dem zu entziehen. Das Blockieren unliebsamer Nachrichten verlangt mehr Aktion als das Nicht-Lesen eines Artikels oder das Abschalten einer politischen Rede im TV. Und selbst wenn die »Timeline« derart gereinigt wird, verstärkt sich dadurch wieder der Effekt einer homogenen Online-Umgebung, die andere potenzielle Wahrheiten unsichtbar werden lässt.

Neu an der Politik des Computermediums ist daher vor allem, dass jede und jeder erfahren kann, wie breit die politischen Meinungen zu einem Thema sind, während gleichzeitig die Gewöhnung an eine kommunikative »Blase« stattfindet, in der primär ähnliche Meinungen vorherrschen, deren Homogenität durch »Likes« gefeiert wird.

Soziologisch stellt sich hier die Frage, was es bedeutet, nicht mehr nur »eine« Öffentlichkeit des politischen Raums (wie die deutsche, die europäische etc.) anzunehmen. Wäre es vielleicht besonders modern, wenn die AfD nur noch zu ihren Sympathisantinnen und Sympathisanten spricht, während andere Öffentlichkeiten ausgeschlossen bzw. als Gesprächspartner nicht mehr ernst genommen werden? Welche Folgen hat das für die Demokratie und die Parteien, wenn wir davon ausgehen, dass deren Aufgabe darin besteht, kollektiv bindende Entscheidungen herzustellen? Wie kann kollektive Bindung aussehen, wenn wir nicht mehr voraussetzungslos von einer gemeinsamen politischen Öffentlichkeit ausgehen können?

3. Ungleiche Beteiligung als Legitimationsproblem für das elektorale System

Die Vorbereitung kollektiv bindender Entscheidungen und die Auswahl von Personal und Themen bewähren sich in einer Demokratie im Moment der Wahl. Zwar existieren auch undemokratische Systeme, in denen Wahlen abgehalten werden, aber Demokratien sind ohne Wahlen nicht denkbar.

Wahlen sind die zentrale Legitimationsquelle des politischen Systems. Sie überführen eine Vielzahl von nicht abbildbaren Einzelwillen in potenzielle politische Entscheidungen mit kollektiver Bindungswirkung. Allerdings ist zunehmend ein Abschied von der Wahlnorm, also dem Wählen als »Pflicht« der Bürgerinnen und Bürger, zu betrachten. Die Wahlbeteiligung sinkt auf allen Ebenen des föderalen Systems der BRD kontinuierlich. Dies führt zu Diskussionen über die Legitimität der Gewählten und

stellt Parteien und Politik vor Rechtfertigungsdilemmata. Was bedeutet es, wenn Menschen nicht wählen (wollen)? Sollte eine Wahlpflicht eingeführt werden, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen? Und wer sind die Menschen, die nicht wählen gehen?

Auf Ebene der Parteien stellt sich darüber hinaus die Frage, inwiefern sie als Organisationen homogene Mitgliedschaften fördern oder Diversität der Mitgliedschaft (hinsichtlich Bildung, Alter, Geschlecht usw.) ermöglichen. Welche Möglichkeiten bestehen, um Formen der Beteiligung zu schaffen, die auch solche Personen ansprechen, die sich von den etablierten Formen des Aktivismus oder »der Politik« per se nicht angesprochen fühlen?

Tatsächlich existieren »der Nichtwähler« und »die Nichtwählerin« nicht. Stattdessen führen sehr viele unterschiedlich gelagerte Gründe zu einer Nichtwahl. Ein allgemeiner Trend besteht aber darin, dass Jüngere – unabhängig von anderen Variablen – seltener wählen als ältere Bürgerinnen und Bürger.

Besonders problematisch erscheinen aus demokratietheoretischer Sicht jene Gründe für die Nichtwahl, die im Nicht-Wissen um die Wahlmöglichkeiten begründet liegen sowie in der Unsicherheit, eine kompetente Wahl treffen zu können. Viele Nichtwählerinnen und Nichtwähler sprechen sich selbst die Kompetenz der Beteiligung am politischen System ab. Das ist tragisch, da gerade formal niedrig gebildete Personen und jene, die von Transferleistungen abhängig sind, politischen Entscheidungen in besonderem Maße ausgeliefert sind. Hier könnten Projekte ansetzen, die Politik in einfacher Sprache vermitteln zu suchen. Darüber hinaus zeigt die Forschung, dass der negative Zusammenhang zwischen niedriger Bildung und Wahlbeteiligung sich dann aufhebt, wenn eine Person frühzeitig an Wahlen teilnimmt. Dies spricht für die Bedeutung von Programmen in Schulen und Vereinen ebenso wie für Kampagnen, die allgemein zur Teilnahme an Wahlen motivieren.

Auch die Motive der Ohnmacht und Desillusionierung – also der »Abschied« von der Beteiligung scheint legitimatorisch hochproblematisch. Diese Gruppe der Enttäuschten ist demokratiepolitisch besonders interessant, da nur enttäuscht werden kann, wer einst (positive) Erwartungen und Hoffnungen gegenüber dem politischen System formuliert hatte. Hier gilt es ebenfalls Aktivitäten zu entwickeln, auch wenn diese Stimmen nicht einfach zu gewinnen sind.

Diejenigen Modelle der Wahlstrategie, die rein von der Stimmenmaximierung ausgehen, sehen dieses Problem freilich nicht: Eine Nicht-Wählerin oder ein Nicht-

Wähler wählt ja zumindest nicht die andere Partei. Langfristig und demokratiepolitisch ist das Aufgeben ganzer Milieus jedoch eine gefährliche Entscheidung, da eine wachsende Zahl von (unzufriedenen) Nicht-Wählerinnen und -Wählern die Legitimation der Berufspolitik zunehmend infrage stellt.

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: Stiftungsverbund der Heinrich-Böll-Stiftungen
VERANTWORTLICH: Heinrich-Böll-Stiftung NRW
Graf-Adolf-Straße 100, 40210 Düsseldorf
GESCHÄFTSFÜHRUNG: Iris Witt
FACHKONTAKT FÜR HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG (BUND): Dr. Anne Ulrich
PROJEKTKOORDINATION: Benjamin Pfeifer
REDAKTION: Benjamin Pfeifer, Dr. Anne Ulrich
LEKTORAT: Enrico Wagner (pertext)
GESTALTUNG: Bureau Sandra Doeller
FOTOS: James Cridland (Cover), Privat / Jasmin Siri (Portrait)
ERSCHEINUNGSORT: gutvertreten.boell.de
ERSCHEINUNGSDATUM: Januar 2017



Dieser Beitrag steht unter einer CREATIVE COMMONS LIZENZ (CC BY-NC-ND) und darf verbreitet, vervielfältigt oder öffentlich zugänglich gemacht werden unter folgenden Bedingungen:

- Namensnennung – Sie müssen den Namen des Autors /der Autorin und der Rechteinhaberin (Heinrich-Böll-Stiftung) sowie die URL des Werks (Direktlink) nennen.
- Keine kommerzielle Nutzung – Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- Keine Bearbeitung – Dieses Werk darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Abweichungen von diesen Bedingungen bedürfen der Genehmigung der Rechteinhaberin: internetredaktion@boell.de, ausführlicher Lizenzvertrag unter: <http://creativecommons.org>